

Anhang zum Beitrag „Unsere Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024“

Bitte beachten Sie, dass

- die Parteien alphabetisch sortiert sind und
- die zitierten Sätze zwar aus den Wahlprogrammen stammen, diese jedoch nicht hintereinander zu finden sind.

Folgende Wahlprogramme wurden ausgewertet:

AfD	Europa Neu Denken
BSW	Programm für die Europawahl 2024
Bündnis 90/Die Grünen	WAS UNS SCHÜTZT
CDU/CSU	Mit Sicherheit Europa. Für ein Europa, das schützt und nützt.
Die Linke	Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden.
FDP	Europa. Einfach. Machen.
Ökologisch-Demokratische Partei	WAHLPROGRAMM zum Antritt zur Europawahl 2024
Piratenpartei	Gemeinsames europäisches Wahlprogramm zur Europawahl 2024
SPD	Gemeinsam für ein starkes Europa.
Volt	Trau Dich Europa

1 - Nato / Verteidigung

AfD: Deutschland und seine europäischen Nachbarländer dürfen sich nicht mehr ausschließlich auf den Schutz oder die Zusagen außereuropäischer Länder verlassen, sondern müssen endlich weitgehende militärische und strategische Autonomie erreichen. Mit einer starken eigenen Streitkraft kann Deutschland in die Lage versetzt werden, die amerikanischen Streitkräfte mittelfristig auf deutschem Boden abzulösen.

BSW: Wir setzen uns für eine neue gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung ein, um ein gemeinsames Haus Europa aufzubauen. ... Europa muss seine Außen- und Sicherheitspolitik wieder an den Grundsätzen der Diplomatie, der Konfliktvermeidung und der guten Nachbarschaft orientieren und sich um Abrüstung und neue Rüstungskontrollvereinbarungen bemühen. Abrüsten statt aufrüsten: Auf EU-Ebene setzen wir uns für die Umwandlung der Europäischen Verteidigungsagentur in eine Europäische Agentur für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Konversion ein sowie für den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus EU-Mitgliedstaaten. Wir stellen uns gegen die weitere Militarisierung der EU.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen im Rahmen der EU und der NATO und den dafür notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie und friedliche Welt. Auch in unsicheren Zeiten wollen wir daher die Rüstungskontrolle stärken, vertrauensbildende Maßnahmen fördern und bi- bzw. multilaterale Abrüstungsinitiativen voranbringen. Daher sollte die EU sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als zentralen Pfeiler der nuklearen Rüstungskontrolle einsetzen.

CDU/CSU: Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden. Europa braucht eine wirksame Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Unser Ziel ist eine Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft. Wir wollen die europäische Verteidigungszusammenarbeit innerhalb der EU und der NATO stärken. Die nationalen Streitkräfte sollen in einer starken europäischen Verteidigungsunion mehr zusammenarbeiten. Dabei soll auch das Vereinigte Königreich als eine führende europäische Militärmacht bestmöglich eingebunden werden. Wir verfolgen das Ziel europäischer Streitkräfte im Sinne einer gestärkten europäischen Verteidigungsunion, eingebettet in die Strukturen der NATO, um gemeinsam verteidigungsfähig zu sein. Wir brauchen – auch in einer verkleinerten Kommission – einen EU-Kommissar für Verteidigung. Europa als geopolitischen Akteur im globalen Systemwettbewerb stärken. In einer immer unsicherer werdenden Welt muss Europa mehr Verantwortung für sich übernehmen.

Die Linke: Kollektive Sicherheit in Europa statt Aufrüstungsspirale und Blockkonfrontation. Militärbündnisse wie die NATO geben vor, mehr „Sicherheit“ für ihre Mitglieder zu schaffen, indem Gewaltpotenziale gebündelt werden. Insbesondere die Vereinbarungen zur Aufrüstung sorgen jedoch für mehr Unsicherheit und führen zu einem Sicherheitsdilemma: Andere Länder stocken ebenfalls ihre Rüstungshaushalte auf. Statt Geld in Sozialpolitik zu stecken, gehen Milliarden an Rüstungsunternehmen. Wir werden keiner Veränderung der EU-Verträge zustimmen, die Schritte zu einer weiteren Militarisierung der EU umfassen.

Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa einsetzen.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Europa eine gemeinsame Antwort auf die außen- und sicherheitspolitischen Realitäten findet. Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle. Wir sprechen uns für die Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrates (ESR) unter Vorsitz des Hohen Vertreters aus.

Ökologisch-Demokratische Partei: Einsatz der EU für ein weltweites Verbot von Atomwaffen, wie es mittlerweile mehr als 122 Staaten in den UN fordern. Mehr Unabhängigkeit Europas von den USA durch eine gemeinsame Verteidigungspolitik und Abstimmung von Rüstungsprojekten innerhalb der EU. Beteiligung des EU-Parlaments an Entscheidungen zur gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik der EU, insbesondere das Recht, militärische Operationen zu stoppen.

Piratenpartei: Die Piraten lehnen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ab und unterstützen den Abbau der weltweiten Arsenale an atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Die Europäische Union muss in die Lage versetzt werden, ihre Sicherheitsinteressen zu verteidigen und dabei einen größeren Beitrag zur globalen Sicherheit zu leisten.

SPD: Deshalb wollen wir den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben schon lange die Vision einer europäischen Armee,...

Volt: Förderung des globalen Verbots von Atomwaffen und Unterstützung des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) als langfristige Strategie für die globale Abrüstung von Atomwaffen. ... Verringerung der globalen Bestände an Atomwaffen. ... Übertragung der Kontrolle über das französische atomare Abschreckungspotenzial auf die europäische Regierung.

2 - Kernenergie / Kernfusion
<p>AfD: Zu den Ausnahmen [zu Forschung in nationaler Hoheit] die wir sinnvollerweise im Wege internationaler Zusammenarbeit angehen wollen, gehören Großprojekte wie das europäische Raumfahrtprogramm, die Aktivitäten von Euratom zur Forschung an fortschrittlichen Kernkraftwerken und die Fusionsforschung. Deutschland und Europa müssen wieder zu den führenden Anbietern im Bereich der Kernenergie werden. Gerade mit Blick auf den politisch herbeigeführten Abbau von deutschen industriellen Fähigkeiten im Bereich der Kerntechnik sind hierfür europäische und internationale Forschungsk Kooperationen anzustreben. Wiederaufnahme der Stromproduktion in den sechs seit dem Ende des Jahres 2021 außer Dienst gestellten deutschen Kernkraftwerken. Regulatorische Benachteiligung von Kernenergie aufheben (z. B. Taxonomie).</p>
<p>BSW: KEINE AUSSAGE</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen: Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energiegewinnung und sie ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Es ist falsch, Atomenergie als nachhaltig einzustufen und sie aus EU-Mitteln zu fördern. Wir streben eine umfassende Reform des Euratom-Vertrages an, welche die Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung zur zentralen Aufgabe macht und die wahren Kosten und Risiken im Preis abbildet. Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir Forschung und Entwicklung neuer Ideen vorantreiben und zum Beispiel Speichertechnologien oder Kernfusion weiter wissenschaftlich untersuchen wollen. Ob die Fusion oder andere Ansätze in der Zukunft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, bleibt Gegenstand anhaltender Forschung, die immer auch Sicherheitsfragen mit betrachtet.</p>
<p>CDU/CSU: Die Forschung im Bereich der Energie-, Klima- und Materialforschung wollen wir intensivieren und Europa als Forschungsstandort für innovative Kerntechniken wie z. B. Kernfusion fördern. Zum Energiemix gehören für uns alle Erneuerbaren Energien sowie Kernkraft – wir können auf diese Option derzeit nicht verzichten.</p>
<p>Die Linke: Atomkraft ist eine unbeherrschbare Risikotechnologie, die im Störfall todbringend ist und über Generationen hinweg Mensch und Umwelt massiv gefährdet. EURATOM steht einer europaweiten Energiewende im Weg und muss deshalb aufgelöst werden. Investitionen in fossile Brennstoffe und Atomkraft sind keine nachhaltigen Geldanlagen. Die sogenannte Taxonomie für Atomkraft und Gas wollen wir beenden. KEINE AUSSAGE zu Kernfusion.</p>
<p>FDP: KEINE direkte AUSSAGE zu Kernenergie sondern: Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Kernfusion bietet das Potential, Energie in Zukunft klimaneutral und sicher zu erzeugen. Wir wollen für die Kernfusion einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen, der den geringeren Risiken dieser Technik Rechnung trägt.</p>
<p>Ökologisch-Demokratische Partei: Für noch europaweit bestehende Atomkraftwerke Verpflichtung zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung, die auch reguläre Entsorgung sowie Folgen einer möglichen Reaktorkatastrophe finanziell abdeckt. Beendigung des Euratom-Vertrags, unverzüglicher EU-weiter Atomausstieg und Ersatz durch einen Erneuerbare-Energien-Vertrag zur Umstellung auf eine weltweit erneuerbare Energieversorgung im Einklang mit Umwelt- und Artenschutz und unter Beachtung von Menschenrechten und Sozialstandards. KEINE AUSSAGE zu Kernfusion.</p>
<p>Piratenpartei: KEINE AUSSAGE</p>

SPD: Wir lehnen die Förderung der Atomenergie durch EU-Mittel ab. Es sollen keine Steuergelder in die teure und unzuverlässige Hochrisikotechnologie Kernenergie fließen. KEINE AUSSAGE zu Kernfusion.

Volt: Erleichterung und Koordinierung europäischer Initiativen für das **vollständige Recycling gebrauchter Kernbrennstoffe** und Beschleunigung der Einführung von Technologien für das Recycling von Nuklearabfällen. Bestehende Reaktoren sollen in ihrer derzeitigen Form bis zum vereinbarten Ende ihres Lebenszyklus weiter betrieben werden. ... **Bau und Betrieb bereits genehmigter Reaktoren** im Rahmen der jeweils vereinbarten vertraglichen Verpflichtungen. ... Zulassung neuer Reaktoren, wenn sie erwiesenermaßen inhärent sicher (keine aktiven Sicherheitssysteme erforderlich, um den Betrieb in einen sicheren Zustand der Abschaltung zu bringen) und robust gegenüber äußeren Einflüssen sind. **Förderung der Forschung und Unterstützung der Einführung fortgeschrittener Kernspaltungs- und -fusionskonzepte wie Thoriumzyklen, Salzschnmelzen, Flüssigmetall, Gen4, schnelle Brüter oder kleine modulare Reaktoren.**

3 - Klimawandel /Erneuerbare Energien

AfD: Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere sowie eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar. **Fossile Energieträger waren und sind die Grundlage unseres Wohlstands.** Die Behauptung einer Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene sowie Stopp der Programme „Green Deal“, „Fit für 55“ und anderer CO₂-Reduktionspläne der Brüsseler Bürokraten. Streichung der Subventionen für die volatile Solar- und Windenergie.

BSW: Wir wollen Klimapolitik und Umweltschutz durch technologische Innovation, öffentliche Förderung und vernünftige Anreize voranbringen. Die reale Politik der EU widerspricht dem Anliegen von Klima- und Umweltschutz in vielen Bereichen. Eine Klima-, Energie- und Technologiepolitik, die Treibhausgase im Verkehrssektor durch Einsparziele technologieoffen mindert, statt mit dem Verbrenner-Aus und ruinösen Energiesanktionen den ökologischen Umbau zu erschweren.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Klimakrise ist global und muss auch global gelöst werden. Wir sind schon weit gekommen – mit dem Green Deal haben wir EU-weit viele richtige Weichen gestellt. Wir wollen deshalb jetzt – von der Sonnenenergie aus Südspanien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren Energien, die Stromnetze und das Wasserstoffkernnetz in ganz Europa ausbauen. **Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik EU-weit massiv aus:** Bis 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Energieversorgung in der EU auf dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen.

CDU/CSU: Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Auf dem Weg dorthin setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente: mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft. **Alle Erneuerbaren Energien gleichwertig fördern.**

Die Linke: Die Länder des Globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung besonders stark betroffen – und am wenigsten dafür verantwortlich. Der Klimawandel kann nur wirksam bekämpft werden, wenn alle Staaten ihren gerechten Beitrag leisten. Die EU muss möglichst schnell aus den fossilen Energieträgern und Produktionsweisen aussteigen, auch um dieser Verantwortung gerecht zu werden. **Die Linke setzt auf eine konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energiequellen.**

FDP: Um den Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien zu beschleunigen, stellen wir auf EU-Ebene die Weichen für eine weitere Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. **Dafür wollen wir Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) auf Vorhaben mit grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen beschränken.** Für die Energiewende brauchen wir ein neues marktwirtschaftliches Strommarktdesign, um eine klimaneutrale, sichere und kostengünstige Energieversorgung zu ermöglichen. Wir wollen, dass Langfristverträge für Kleinunternehmen zugänglicher werden. Bei der Preisbildung soll die lokale Verfügbarkeit von Strom eine Rolle spielen. Energiespeicher und Erneuerbare Energien müssen im Markt integriert werden und ohne staatliche Hilfen auskommen.

Ökologisch-Demokratische Partei: Kein Greenwashing umweltzerstörender und gefährlicher Energieformen. Schluss mit irreführenden Klassifizierungen: **Nur Energien, die beständig verfügbar sind oder sich durch natürliche Zyklen wie Pflanzenwachstum innerhalb kurzer Zeit regenerieren, sind als erneuerbare Energien anzusehen.** Kernkraft, fossile Brennstoffe, eingeschlossen Erdgas, sowie nicht nachhaltig gewonnene Biomasse, Torf und nicht recycelbare Abfall- und Reststoffe, die aus fossilen Energieträgern hergestellt wurden, sind keine erneuerbaren Energien.

Piratenpartei: Die meisten Technologien, die zur Erreichung der Klimaschutzziele erforderlich sind, wurden bereits entwickelt und werden bereits eingesetzt. Jetzt gilt es, sie in großem Maßstab einzuführen. Wir werden mit veränderten Wettermustern und Niederschlägen sowie einem Anstieg des Meeresspiegels rechnen müssen. Kritische Infrastrukturen wie die Lebensmittelversorgung, der Verkehr und die Energieversorgung werden beeinträchtigt werden. Ungünstige Wetterereignisse können zu Naturkatastrophen führen. Um diese Auswirkungen abzumildern, müssen wir unsere Infrastruktur, Städte, Küsten, Land- und Forstwirtschaft auf die laufenden Veränderungen vorbereiten. **Mit der immer wichtiger werdenden Rolle der erneuerbaren Energien explodiert die Zahl der Stromerzeugung in Privatbesitz. Ehemalige Verbraucher werden zu einer Mischung aus Verbrauchern und Erzeugern; Energiegenossenschaften nehmen die lokale Versorgung in die eigenen Hände.** Erzeugung und Nachfrage [von Energie] sollten in erster Linie so weit wie möglich lokal aufeinander abgestimmt werden, und das europäische Netz sollte als Sicherheitsnetz dienen.

SPD: Der Klimawandel bedroht uns in unserer menschlichen Existenz. Schnelles Handeln ist erforderlich. Die Europäische Union muss bis 2050 klimaneutral sein. Deutschland leistet dafür mit seinem Klimaneutralitätsziel 2045 einen wichtigen Beitrag. Vollendung der europäischen Energieunion: Aus verbundenen nationalen Energienetzen muss ein europäisches Netz werden. Wir müssen gemeinsam verstärkt in den Ausbau von erneuerbaren Energien, grenzüberschreitenden Wasserstoffpipelines und Stromleitungen sowie in Elektrolyseure und Hafeninfrastruktur investieren. **Wir wollen ... eine tiefgreifende, strukturelle Reform des EU- Strommarktdesigns, um eine bessere Integration von erneuerbaren Energien in den Strommarkt sicherzustellen. Die Preisbildungsmechanismen sollen für Strom überprüft und auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden, um Preis- und Einspeiseschwankungen zu begrenzen.**

Volt: Förderung von Veränderungen im Energieversorgungsmix und Durchsetzung alternativer und kohlenstofffreier Energiequellen. Der Übergang zu einem nachhaltigen europäischen System und das Erreichen einer vollständigen Dekarbonisierung des Energiesystems soll bis 2035 geschehen sein. **Um einen Mix aus intermittierenden und sich gegenseitig ergänzenden nachhaltigen Energiequellen zu ermöglichen, sollte neben der Forschung zur Umwandlung von thermischer Meeresenergie, Gezeiten- und Wellenenergie, Restwärme aus der Industrie, Biomasse und neuen Konzepten für Solar- und Windenergie auch die Forschung im Bereich der geothermischen Energie gefördert werden.**

4 - EU / Initiativrecht des Parlaments

AfD: Wir lehnen eine EU ab, die sich zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung aufschwingen will, ebenso die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. ... **Die EU ist ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt.** ... Das undemokratisch gewählte EU-Parlament wollen wir abschaffen. Die Rechtsetzungskompetenz wird bis zur Neuordnung der Verhältnisse allein dem Rat übertragen, dessen Mitglieder in ihrem Stimmverhalten jedoch an Entscheidungen der nationalen Parlamente gebunden werden müssen.

BSW: Die Mehrheit der Europäer will keine weitere Machtverlagerung auf die EU-Ebene, die mehr Intransparenz bringt und Demokratie untergräbt. EU-Regelungen sollten sich auf Probleme beschränken, die im nationalen Rahmen nicht lösbar sind. **Die EU-Kommission hat das alleinige Initiativrecht bei EU-Richtlinien und -Verordnungen.** Sie hat folglich viel Macht, wird von den Bürgern aber nicht direkt gewählt und ist von ihnen kaum kontrollierbar. Statt von Transparenz oder Bürgernähe ist die Brüsseler Politik geprägt von Hinterzimmer-Deals, undurchsichtiger Einflussnahme in Expertengremien und mangelnder Kontrolle.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Idee der Europäischen Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für Schutz und Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie selbstverständlich. Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit. Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter stärken. Das Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein und wie jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder Sicherheitspolitik. **Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig Gesetze auf den Weg bringen kann.** Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung.

CDU/CSU: Wir wollen ein Europa, das regional verwurzelt, national getragen und europäisch legitimiert ist und das für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Die EU muss handlungsfähiger werden – im Innern wie im Äußeren. Hierfür braucht es Reformen der EU-Institutionen und ihrer Arbeitsweise. Zudem gilt es, die EU-Kommission umzustrukturieren und zu verschlanken. **Wir werden das Europäische Parlament durch das eigene Initiativrecht** und das Diskontinuitätsprinzip, nach dem alle nicht beschlossenen Entwürfe in einer neuen Wahlperiode erneut eingebracht werden müssen, stärken.

Die Linke: Damit Bewegung reinkommt: Mehr Bürger*innenbeteiligung und direkte Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass bürokratische Hürden für Initiativen gesenkt werden und die Ergebnisse verbindlich in die Gesetzgebungsverfahren einfließen. Das Initiativrecht für EU-Gesetze liegt allein bei der EU-Kommission. Gerade bei der Kommission gibt es einen starken institutionalisierten Einfluss von Lobbygruppen. **Das Europäische Parlament muss ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen, damit es selbst Gesetzesprozesse anstoßen und so Politik entwickeln kann.**

FDP: Wir fordern eine verkleinerte Kommission mit 18 Ministern sowie ein Parlament mit einem Sitz in Brüssel, einem Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten und mit einer Gesetzesinitiativbefugnis. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Konvent eine föderale bzw. bundesstaatliche Verfassung für die Europäische Union erarbeitet, über die in einer gesamteuropäischen Volksabstimmung abgestimmt wird.

Ökologisch-Demokratische Partei: Für das Europäische Parlament die grundlegenden Rechte eines demokratisch gewählten Parlaments: **Das Recht, Gesetze selbst zu formulieren, statt nur über die Vorlagen der EU-Kommission abzustimmen (Initiativrecht).**

<p>Piratenpartei: Wir fördern Veränderungen, die zu einer Stärkung der Elemente der direkten Demokratie führen und wollen die Transparenz und demokratische Kontrolle der EU-Institutionen verbessern. ... Die Piraten wollen die Rolle des Europäischen Parlaments als einzige direkt gewählte EU-Institution bei der Entscheidungsfindung in politischen Fragen der EU stärken. Wir begrüßen das Ergebnis der Konferenz über die Zukunft Europas und befürworten dessen vollständige Umsetzung. Wir unterstützen die Bemühungen um ein Vorschlagsrecht für das Europäische Parlament, damit es als echtes Gesetzgebungsorgan agieren kann. Der derzeitige EU-Gesetzgebungsprozess wird von der Exekutive (der Europäischen Kommission) auf Kosten der Legislative (dem Europäischen Parlament) dominiert. Die Piraten wollen das Machtgleichgewicht in den europäischen Institutionen zugunsten der Legislative verändern.</p>
<p>SPD: Ein zentrales Element für eine Stärkung der europäischen Demokratie ist der Ausbau der Rolle des Europäischen Parlaments als zentraler Ort der Vertretung der Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehört ein echtes Initiativrecht, mit dem die direkt gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter Gesetzentwürfe auf den Weg bringen, statt wie bisher nur Vorschläge durch die Kommission einfordern zu können.</p>
<p>Volt: Wir wollen das Europäische Parlament erneuern. Dieses soll von transnationalen Parteien geprägt sein und die Befugnis haben, Gesetzgebung zu initiieren, zu ändern und zu genehmigen. Hierdurch soll die Regierungsführung stärker auf den Interessen der Bürger*innen als den Anliegen der Mitgliedstaaten basieren. Reform der Europäischen Kommission zu einer Europäischen Regierung.</p>
<p>5 - Lobbyismus</p>
<p>AfD: Wir fordern ... ein verpflichtendes Lobbyregister, in dem jeglicher Kontakt mit Lobbyisten zeitnah und lückenlos veröffentlicht wird.</p>
<p>BSW: Brüssel ist die europäische Hauptstadt der Lobbyisten. Rund 30.000 Lobbyisten nehmen hier Einfluss auf die EU-Institutionen. Etwa 70 Prozent von ihnen arbeiten für große Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Lobbyismus und Korruption eindämmen: Wir sind für ein verpflichtendes Lobbyregister (EU-Transparenzregister) für Parlament, Kommission und Rat.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen: Mit einem für alle EU-Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. ... Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige Ethikbehörde ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt.</p>
<p>CDU/CSU: KEINE AUSSAGE</p>
<p>Die Linke: Das Initiativrecht für EU-Gesetze liegt allein bei der EU-Kommission. Gerade bei der Kommission gibt es einen starken institutionalisierten Einfluss von Lobbygruppen. Wir wollen das Europäische Parlament stärken und den Einfluss der mächtigen Lobbyverbände in Brüssel begrenzen.</p>
<p>FDP: KEINE AUSSAGE</p>
<p>Ökologisch-Demokratische Partei: KEINE AUSSAGE</p>
<p>Piratenpartei: Um den demokratischen Prozess zu schützen und die Entscheidungsfindung transparenter zu machen, fordern die Piraten, den Einfluss von Interessengruppen und Lobbyisten auf politische Entscheidungen offen zu legen. Lobbying-Aktivitäten sollen so transparent wie möglich sein. Dies kann dadurch erreicht werden, dass das bestehende Lobbyregister verpflichtend wird und mit einem offenen Kalender im Internet verknüpft wird.</p>
<p>SPD: KEINE AUSSAGE</p>

Volt: Transparenz schaffen, indem EU-Parlamentarier*innen und Beamte ihr Vermögen offenlegen und Lobbyisten dazu verpflichten, ihre Treffen mit EU-Angestellten auf einer zentralisierten und öffentlich zugänglichen Plattform zu registrieren.
6 - Arbeitsorte des EU Parlaments
AfD: Zur Ausgabenreduzierung der EU-Verwaltung ist der kosten- und zeitintensive Pendelverkehr zwischen den drei Arbeitsorten Straßburg, Brüssel und Luxemburg zu beenden.
BSW: KEINE AUSSAGE
Bündnis 90/Die Grünen: KEINE AUSSAGE
CDU/CSU: KEINE AUSSAGE
Die Linke: KEINE AUSSAGE
FDP: Wir fordern eine verkleinerte Kommission mit 18 Ministern sowie ein Parlament mit einem Sitz in Brüssel, einem Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten und mit einer Gesetzesinitiativbefugnis.
Ökologisch-Demokratische Partei: Das Recht, sich für einen einzigen Sitz zu entscheiden, um das Pendeln zwischen Straßburg und Brüssel und die Verschwendung von Steuergeldern zu beenden.
Piratenpartei: KEINE AUSSAGE
SPD: KEINE AUSSAGE
Volt: KEINE AUSSAGE